

Presseinformation

23. Dezember 2002

Rückhaltebecken in Neulengbach geplant

Onodi: Schutz für die Medunasiedlung

Im Stadtgebiet von Neulengbach befindet sich im Ortsteil St. Christophen die Medunasiedlung, die vom immer wiederkehrenden Hochwasser betroffen ist. Grund dafür ist, dass bei kurzen intensiven Regenfällen der Medunabach das anfallende Wasser vor allem im Bereich der Siedlung nicht mehr fassen kann. „Nun wurde als Schutzmaßnahme ein Plan zur Errichtung eines Auffangbeckens mit einem Fassungsvermögen von 12.000 Kubikmetern gefasst. Das Hochwasserschutzprojekt wurde von der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten bereits genehmigt. Die Kosten dafür betragen 725.000 Euro. Vom Land Niederösterreich wird dieses Projekt mit 38 Prozent der Kosten, also 275.000 Euro, gefördert“, informierte Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi dieser Tage über einen entsprechenden Beschluss.

Dieses Rückhaltebecken wird westlich der Medunasiedlung errichtet. Zudem ist der Ausbau des Gerinnes bachabwärts des Rückhaltebeckens durch das verbaute Gebiet bis zum Laabenbach notwendig und ebenso vorgesehen. „Das Projekt wird sich damit auch günstig auf die Hochwassersituation des Laabenbaches auswirken. Da der Bund seinen Finanzierungsbeitrag in der Höhe von 326.250 Euro bereits zugesagt hat, kann sofort nach den notwendigen Beschlüssen des Neulengbacher Gemeinderates, 17 Prozent zu finanzieren, mit den Arbeiten begonnen werden“, argumentierte Onodi.

35 Prozent oder 245.000 Euro übernimmt das Land Niederösterreich auch an anteiligen Kosten für die Beseitigung von Schäden, welche beim vergangenen August-Hochwasser in den Gemeinden Leiben, Emmersdorf an der Donau, Nöchling, Hofamt Priel, Klein-Pöchlarn und Weiten entlang des Weitenbaches verursacht wurden. Entlang der zahlreichen Bäche, wie Ysper und Weiten, wurden beträchtliche Uferanrisse und Dammschäden verursacht. „Die Kosten für die notwendigen Reparaturarbeiten betragen 700.000 Euro. Das Land hat seinen Kostenbeitrag bereits beschlossen, die Zusage des Bundes über die Übernahme eines Anteils von 385.000 Euro oder 55 Prozent liegt bereits vor. Wenn die Gemeinden nun ihren Finanzierungsbeitrag in der Höhe von 10 Prozent oder 70.000 Euro beschließen, können die notwendigen Arbeiten begonnen werden“,



Presseinformation

meinte Onodi.